

Wer die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise ausschließlich als Folge verfehlter amerikanischer Kreditpolitik und ausgebliebener internationaler Finanzmarktregelungen sieht, greift zu kurz. Sie ist darüber hinaus eine Krise der Moral und der Sozialethik. Bundespräsident Horst Köhler hat das in der vierten Berliner Rede vom April 2009 ganz richtig gesehen, wenn er im Blick auf das Bankmanagement und die Rating-Agenturen sagt, vielen sei bei dem Run auf maximierte Renditen die Haltung abhandengekommen: So etwas tut man nicht!

Die Frage nach ethischen Prinzipien in Wirtschaft und Gesellschaft ist eine zentrale Frage der katholischen Soziallehre. Sie verordnet nicht, wie die Wirtschaft zu organisieren ist und wo der Staat im Krisenfall eingreifen muss oder nicht mehr eingreifen darf. Sie formuliert ein allgemeines Ethos, also Regeln darüber, was man in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu tun und besser zu lassen hat und was unserer Gesellschaft im Ganzen guttut. Dass wohlverstandener Eigennutz darin besteht, sich gerade nicht nur um sich, sondern um den anderen ebenso zu kümmern, ist einer der klügsten Gedanken der christlichen Soziallehre, bekannt und oft missverstanden unter dem Titel des Solidaritätsprinzips. Es wird von der Sorge bestimmt, dass eine Gesellschaft, in der nur noch partikulare Interessen gelten und das Gemeinwohl zu einer leeren Formel geworden ist, in Zeiten der Krise besonders anfällig wird. Gerade in der Krise sind Menschen besonders neugierig auf

das, was die Kirchen sagen. Denn wenn es um Moral geht, da sind sie weiterhin gefragt. Aller Säkularisierung zum Trotz trauen die Menschen ihnen wie wenigen anderen Institutionen zu, nach der Art ehrlicher Makler Regeln zu vertreten, die vernünftigerweise von allen eingehalten werden können.

Lothar Roos stellt deshalb zu Recht fest, auf keinem anderen Feld seien die Päpste seit Leo XIII. so wirksam gewesen wie in der Soziallehre (vergleiche *Rheinischer Merkur* vom 9. Juli 2009). Das ist umso erstaunlicher, als die Positionierung zu sozialen Fragen von einigen Seiten nicht als die eigentliche Aufgabe von Kirche angesehen wird und sie daher manchmal um ihre Legitimation in diesem Bereich kämpfen muss. Mittlerweile sind es aber gerade die gesellschaftspolitischen Positionen, mit denen die Kirchen über die Gemeinden hinaus in einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

Große Erwartungen waren daher mit dem neuen Sozialwort des Papstes *Caritas in Veritate* verbunden. Mit Spannung wurde die Antwort des Papstes auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise erwartet. Schließlich war die Veröffentlichung der Schrift immer wieder nach hinten verschoben worden, auch um den neuesten Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Verklärte Vergangenheit, unsichere Zukunft

Insgesamt bestehen also gute Ausgangsbedingungen für die Wahrnehmung der

Enzyklika. Noch dazu weil es in den letzten zwanzig Jahren um die katholische Soziallehre, auch in Deutschland, recht still geworden war. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen.

Zum einen fehlten anerkannte und prominente Vertreter des Fachs wie der Jesuit Oswald von Nell-Breuning oder der Kölner Kardinal Joseph Höffner. Nell-Breuning ist ja über hundert Jahre alt geworden und sah sich selbst am Ende seines Lebens als „mittlerweile zwar hoch geehrt, aber praktisch schon vergessen“ an. Das ist mehr als eine Anekdote. Denn in der Tat hat die katholische Soziallehre paradoxerweise an öffentlicher Aufmerksamkeit in dem Maße eingebüßt, in dem die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland funktioniert hat und sich das Ideal von Ludwig Erhard („Wohlstand für alle“) zu realisieren begann. Durch Mitbestimmung, Sozial- und Arbeitsrecht sind aus den unterdrückten Arbeitern des frühen neunzehnten Jahrhunderts Arbeitnehmer geworden, die sich mit ihrem Unternehmen oft stärker identifizieren als mit der Gesellschaft, in der sie leben. Jürgen Habermas hat das so beschrieben: „Der designierte Träger der künftigen sozialistischen Revolution, das Proletariat, hat sich als Proletariat aufgelöst.“ Es schien also so – umso mehr nach dem Zusammenbruch des Sozialismus vor zwanzig Jahren –, als seien die wesentlichen Ideen der Soziallehre Wirklichkeit geworden und sie selbst damit erledigt. Zumindest so lange, wie man den Blick auf die Verhältnisse hierzulande beschränkte.

Ausgewanderte Soziallehre

Tatsächlich haben sich die großen Sozialenzykliken der 1960er- bis 1980er-Jahre mit der weltweiten Gerechtigkeit befasst: *Mater et Magistra* (Johannes XXIII.), *Populorum Progressio* (Paul VI.) und *Sollicitudo Rei Socialis* (Johannes Paul II.) sind vor allem von der sozialen Problematik in den Schwellenländern und von unserer Ver-

antwortung für eine effektive Entwicklungshilfe inspiriert. Die Soziallehre wanderte sozusagen aus. In Lateinamerika fand sie die griffige Formel von der „vorrangigen Option für die Armen“. Aber wer hierzulande konnte damit in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums und großzügiger sozialer Sicherung überhaupt noch etwas anfangen?

Zum anderen gibt es auch hausgemachte Faktoren, die der katholischen Soziallehre das Leben schwer machen: Immer weniger Politiker der neuen Generation sahen und sehen sich ihr persönlich verpflichtet. Ihre „Hausmacht“ waren einmal die katholischen Sozialverbände, deren Bedeutung für das kirchliche Leben in den Gemeinden immer noch ungebrochen sein mag, die aber viel weniger „politisch“ sind als in früheren Jahrzehnten. Bischöfe wie Julius Döpfner und – vor allem – Joseph Höffner fehlten. An den Universitäten gehört die Sozialethik bis heute nicht zu den Kernfächern der Katholischen Theologie neben Moraltheologie, Bibelwissenschaften und Dogmatik. Sie läuft in der Theologenausbildung nur so mit. In diesem Zusammenhang stimmt hoffnungsvoll, dass nun mit dem Münchener Erzbischof Reinhard Marx ein gelernter Sozialethiker im Episkopat an führender Stelle steht.

Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass sich die Soziallehre hierzulande sozusagen erledigt zu haben schien.

Die Aktualität der Enzyklika

Das war ein Irrtum, wie wir heute wissen. Wo *Centesimus Annus* noch auf einen verlässlich funktionierenden Ordnungsrahmen für freies Wirtschaften vertraut, steht *Caritas in Veritate* vor dem Phänomen entfesselter globaler Märkte und vor der Frage, wie unter den neuen Bedingungen des Kasino-Kapitalismus die „gerechte Entwicklung der Menschheitsfamilie“ zu retten ist. Die Antwort darauf ist in einem guten Sinne fundamental: durch eine

Papst Benedikt XVI. signiert am 7. Juli 2009 die 144 Seiten starke Enzyklika „*Caritas in Veritate*“.

© picture-alliance/dpa, Foto: epa ansa Oss. Romano



neue Wertekultur, von der der Papst übrigens sogar meint, es müsse eine „echte, mit Macht ausgestattete Weltautorität“ geben, die in der Lage sei, ihr Geltung zu verschaffen. Aber was ist mit dieser Wertekultur genau gemeint?

Dem Kern der über weite Strecken hoch theologischen Argumentation des Papstes kommt man am nächsten, wenn man das berühmte Beispiel des Bäckers und seines Kunden von Adam Smith zurate zieht. Smith hatte in seiner Untersuchung über den Wohlstand der Nationen (1776) argumentiert, dass Bäcker und Kunde sich ausschließlich von egoistischen Motiven leiten lassen, wenn sie miteinander handeln. Trotzdem wird durch die „unsichtbare Hand“ des Marktes das allgemeine Wohl befördert. Vom Bäcker wird nicht verlangt, dass er mit der Produktion und dem Verkauf seines Brotes etwas Gutes anstrebt. Er hat lediglich im Sinn, seinen Lebensunterhalt und zugleich einen vernünftigen Gewinn zu machen. Benedikt XVI. setzt dem entgegen:

Es gibt überhaupt kein wirtschaftliches Handeln ohne Moral. Bäcker und Kunde müssen mehr als nur ihren eigenen Vorteil anstreben. Sie sind immer, aber besonders im Ökonomischen moralische Subjekte, die sich darüber klar sein müssen, welche Konsequenzen ihr Handeln für den anderen, ja sogar für die Menschheit insgesamt hat. Mit dieser These, so schreibt Norbert Walter, der Chefökonom der Deutschen Bank, im *Rheinischen Merkur*, stellt der Papst den Humanismus ganz oben an und ordnet ihm die Freiheit des Einzelnen unter.

Fortschritt ganzheitlich denken

Benedikt XVI. befürwortet den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt ebenso wie den Markt. Aber Fortschritt müsse „ganzheitlich“ gedacht werden. Es reiche nicht, wenn dem Einzelnen weitgehende Möglichkeiten zur Suche nach dem eigenen Vorteil eingeräumt würden, sondern die Regeln der Ökonomie müssten vom Gemeinwohl bestimmt sein. In der

abstrahierenden Sprache der Enzyklika liest sich das so: „Gewinn ist nützlich, wenn er in seiner Eigenschaft als Mittel einem Zweck zugeordnet ist, welcher der Art und Weise seiner Erlangung ebenso wie der seiner Verwendung einen Sinn verleiht. Die ausschließliche Ausrichtung auf Gewinn läuft, wenn dieser auf ungute Weise erzielt wird und sein Endzweck nicht das Gemeinwohl ist, Gefahr, Vermögen zu zerstören und Armut zu schaffen“ (Ziffer 21). Horst Köhler hat einen ähnlichen Gedanken in der schon zitierten Berliner Rede in schlichtere Worte gefasst: „Die große Chance der Krise besteht darin, dass jetzt alle erkennen können: Keiner kann mehr dauerhaft Vorteil nur für sich schaffen. Die Menschheit sitzt in einem Boot. Und die in einem Boot sitzen, sollen sich helfen. Eigennutz im einundzwanzigsten Jahrhundert heißt: sich umeinander kümmern.“

„Logik des Geschenks“

Aber können Menschen, zumal im Wirtschaftsleben, zu diesem altruistischen Ethos verpflichtet werden? – Ja, sagt die Enzyklika. Die traditionellen sozialetischen Prinzipien wie Transparenz, Ehrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein reichen zur Gestaltung einer gerechten Wirtschaftsordnung heute nicht mehr aus. Vielmehr müsse „das Prinzip der Unentgeltlichkeit und die Logik des Geschenks als Ausdruck der Brüderlichkeit im normalen wirtschaftlichen Leben Platz haben“ (Ziffer 36). Das ist ein erstaunliches Argument. Das Prinzip der Unentgeltlichkeit sieht man eigentlich eher im Feld der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements verankert, nicht in der Ökonomie. Gerade Nonprofit-Organisationen im sozialen Bereich stehen unter Druck, sich der „Logik des Tausches“ zu öffnen und sich Marktbedingungen anzupassen. Es ist daher wohlthuend, dass Benedikt diesen Druck geradezu umdreht und dem Wirtschafts-

leben eine „Logik des Geschenks“ anmahnt. Denn beides, Wirtschaft und Gemeinwohl, sind nicht getrennt, sondern gehören zusammen.

An dieser Stelle hätten sich viele Leser wie Kommentatoren eine Konkretisierung gewünscht. An anderer Stelle ist die Enzyklika dagegen erfreulich konkret und parteilich.

So äußert sich Benedikt XVI. skeptisch gegenüber institutionellen Reformen und empfiehlt stattdessen die Rekonstruktion einer Tugendethik: „Im Laufe der Geschichte hat man oft gemeint, die Schaffung von Institutionen genüge, um der Menschheit die Erfüllung ihres Rechtes auf Entwicklung zu gewährleisten. Leider hat man in solche Institutionen ein übertriebenes Vertrauen gesetzt. [...] In Wirklichkeit reichen die Institutionen allein nicht aus, denn die ganzheitliche Entwicklung des Menschen ist vor allem Berufung und verlangt folglich von allen eine freie und solidarische Übernahme von Verantwortung“ (Ziffer 11). Damit spricht er vielen Politikern sicher aus dem Herzen. Wie oft sind Reformen im Schul-, Bildungs- und Sozialwesen hinter den Erwartungen zurückgeblieben, weil man zu sehr auf den Faktor „Strukturen“ und zu wenig auf den Faktor „Mensch“ gesetzt hat? Und er bewegt sich zugleich ganz und gar im Rahmen der traditionellen katholischen Soziallehre, für die das Subsidiaritätsprinzip und damit der Schutz des Einzelnen vor den Übergriffen der Strukturen, Organisationen und letztlich des sich allmächtig gebärdenden Staates oberste Priorität hat.

Wo die katholische Soziallehre heute gefragt ist

An vielen Stellen der Enzyklika nimmt Benedikt XVI. die zentralen Positionen der katholischen Soziallehre auf und entwickelt sie weiter. Die „klassischen Gedanken“ haben nicht an Aktualität eingebüßt.

Im Mittelpunkt des Wirtschaftens steht der Mensch. Das christliche Menschenbild besagt, dass jeder Mensch eine unverletzliche Würde besitzt, die allerdings bedroht ist und geschützt werden muss. Dieser Grundsatz stellt uns in vielen Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung vor Herausforderungen: Wenn sich in unserer Gesellschaft die Auffassung durchsetzen würde, dass sich in hohem Alter bestimmte medizinische Eingriffe „nicht mehr lohnen“, wäre dies eine Verletzung der Menschenwürde, die zudem einem Dammbruch gleichkäme. Viele Ärzte sehen eine solche Situation vor dem Hintergrund der Pflege- und Gesundheitskosten auf uns zukommen, manche sagen, sie sei längst da, wenn auch noch quasi unter der Hand. Angesichts der Geschwindigkeit des medizinischen Fortschritts stehen uns hier schwierige Abwägungsprozesse bevor.

Dies ist nur ein Beispiel, bei dem schnell Einigkeit zu erzielen sein wird. Die katholische Soziallehre ist aber in Sachen Menschenwürde weit anspruchsvoller, zum Beispiel dann, wenn es um die Arbeitswelt geht. Die Enzyklika *Laborem Exercens* von Papst Johannes Paul II. (1981) ist diesem Thema gewidmet. Auch Benedikt fordert die Stärkung und Internationalisierung der Gewerkschaften sowie die Humanisierung der Arbeitswelt (vergleiche Ziffer 25), Letzteres nicht nur mit Hinweis auf die fatalen seelischen Folgen der Arbeitslosigkeit, sondern auch mit dem Argument, dass jede Form der Arbeit als *vita activa* ein schöpferisches Element enthalten müsse. Arbeit, so lautet einer der heute fast vergessenen Kernsätze der Soziallehre, ist mehr als der notwendige Broterwerb. Sie ist im ursprünglichen religiösen Sinne eine Art Fortsetzung des göttlichen Schöpfungswerks und hat deshalb ihre eigene Würde. Der gängigen Formel, nach der jeder von seiner Arbeit leben können sollte, setzt die Kirche entgegen: Jeder sollte sich – wenn

auch vielleicht in Grenzen – in seiner Arbeit verwirklichen können.

Die Bürgergesellschaft als Ausdruck von Subsidiarität

Im öffentlichen Bewusstsein gilt das Subsidiaritätsprinzip geradezu als das Markenzeichen der katholischen Soziallehre. Auch Benedikt betont die Eigenverantwortung des Menschen. Jeder sei, schreibt der Papst im Rückgriff auf die Enzyklika *Populorum Progressio* aus den 1960er-Jahren, „seines Glückes Schmied und seines Versagens Ursache, wie auch immer die Einflüsse sind, die auf ihn wirken“ (Ziffer 17). Allen Arten von „Messianismen“, die den Einzelnen aus seiner Verantwortung zu entlassen versprechen, erteilt er eine deutliche Absage.

Man muss die Aktualität des Subsidiaritätsprinzips vor dem Hintergrund der Krise nicht erst erläutern. Über kaum etwas wird derzeit so heftig diskutiert wie über die Frage, ob der Staat an Stellen eingreift, wo er „eigentlich“ nach der reinen Lehre nicht eingreifen dürfte. Dabei wird häufig übersehen, dass Soziale Marktwirtschaft, wie auch Ludwig Erhard sie verstanden hat, immer auch dem Staate eine aktive, regulierende Rolle nicht nur zugestanden, sondern geradezu abverlangt hat. Das macht etwa den Unterschied zwischen einer freien und einer sozialen Marktwirtschaft aus.

Das eigentliche Bewährungsfeld des Subsidiaritätsprinzips ist die Bürgergesellschaft. Wir sind gerade dabei, einen nationalen Rahmen für das bürgerschaftliche Engagement zu schaffen. Hierschlummern enorme Potenziale für die Zukunft. Zu den rund dreißig Prozent der heute schon aktiv Engagierten in Vereinen, Verbänden und Initiativen kommen weitere dreißig Prozent der Bevölkerung, die grundsätzlich zu einem Engagement bereit sind, wenn sie auch noch nicht den richtigen Zugang gefunden haben. Man kann da eine Menge tun, um Engagement

zu fördern. Es geht aber nicht nur um die Quantität. Bürgerengagement und -initiative können, wenn sie richtig eingebunden sind, zu besseren Lösungen führen.

Letztlich braucht es einen Gesinnungswandel hin zu der Überzeugung, dass Freiheit am besten in der Verantwortung für andere gelebt wird. Der Münchner Erzbischof Reinhard Marx spricht von einem „vulgärliberalen Satz“, wenn gesagt wird, dem Wohl des Einzelnen und dem Wohl des Ganzen sei schon dann hinreichend gedient, wenn jeder unbehelligt vom Staat seinen eigenen Vorteil verfolgen könne. Die katholische Soziallehre sieht das anders. Frei sind wir Menschen dann, wenn wir uns an andere, an eine Aufgabe oder an eine Idee „aus freien Stücken“ binden und uns in Anspruch nehmen lassen.

Das zentrale Anliegen der katholischen Soziallehre in der Periode nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil ist zugleich das (auch in seiner Vermittlung) schwierigste: weltweit Gerechtigkeit herzustellen zwischen armen und reichen Ländern.

Die Entwicklung der „Menschheitsfamilie“

Die Kirche versteht sich hier, wie Franz Xaver Kaufmann treffend gesagt hat, als erster *Global Player* überhaupt. Sie nimmt für sich in Anspruch, keine Gruppen- oder Nationalinteressen wahrzunehmen, sondern das Wohl der Menschheit insgesamt im Auge zu haben. Auch die neue Enzyklika hat durchgängig die „ganze Menschheitsfamilie“ und deren Entwicklung im Blick. Geradezu apodiktisch heißt es da: „Solidarität bedeutet vor allem, dass sich alle für alle verantwortlich fühlen“ (Ziffer 38). Nun ist dies eigentlich seit den päpstlichen Schreiben *Pacem in Terris* (Johannes XXIII.) und *Populorum Progressio* (Paul VI.) in den 1960er-Jahren ein beständiges Anliegen der Kirche.

Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen der Krise gewinnt es eine besondere Bedeutung. Denn viele denken, jetzt müsse man zuerst an die eigenen Probleme und später vielleicht, wenn man es sich wieder leisten könne, auch an das Elend in der weiten Welt denken. Sie leben in einer Traumwelt. Es ist unser ureigenstes Interesse, dass die Armen dieser Welt faire Entwicklungschancen bekommen. Gelingt das nicht, werden angesichts des weltweiten Rohstoffmangels, der interkulturellen Konflikte, des Klimawandels und der wachsenden Migration alle verlieren, auch wir. Gerechtigkeit kann deshalb nur noch global gedacht werden. Im Augenblick leiden die Ärmsten der Armen am meisten unter der Krise, nur werden sie kaum gehört. Umso wichtiger ist es, dass die Kirche sich für sie starkmacht.

Ethische Ansprüche und praktische Umsetzbarkeit

Die vorangegangenen Überlegungen lassen sich in der Überzeugung zusammenfassen, dass die neue Sozialenzyklika für die katholische Soziallehre und alle, die auf ihrer Grundlage Politik betreiben, eine Fülle von Anregungen bietet. Sie hat sich damit längst nicht „erledigt“. Klar ist auch: Von den hohen ethischen Ansprüchen der Enzyklika bis in die Niederungen praktischer Politik und Ökonomie ist es ein weiter Weg. Aber genau hier liegt die Herausforderung. Politik und Wirtschaft müssen sich an ethischen Ansprüchen messen lassen. Umgekehrt muss sich aber auch die Sozialverkündigung der Kirche daran messen lassen, ob sie ausreichend vertraut ist mit den Spielregeln der globalisierten Welt und mit den Sorgen und Nöten des Alltags. Außerdem muss sie die Komplexität der Willensbildung in einer auf Mitbestimmung angelegten parlamentarischen Demokratie mit ins Kalkül ziehen. Nur dann entgeht sie der Gefahr der Utopiebildung.